

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation des Deutschen Bundestages zur Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung

Erste Plenarversammlung vom 12. bis 15. März 2005 in Kairo, Ägypten

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
I Teilnehmer	1	<p>Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, des Palästinensischen Legislativrats, Syrien, Tunesien, Türkei. Bulgarien, Libyen, Mauretanien und Rumänien waren als Beobachter vertreten, genauso wie Vertreter der Arabischen Parlamentarischen Union, der Interparlamentarischen Union und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.</p> <p>III Zusammenfassung</p> <p>Nach der konstituierenden Sitzung im März 2004 in Athen traf sich die Euromediterrane Parlamentarische Versammlung zu ihrer ersten Plenarsitzung vom 12. bis 15. März 2005 in Kairo, Ägypten. Die Versammlung verabschiedete jeweils eine Resolution des Politischen, des Wirtschaftlichen und des Kulturellen Ausschusses der EUROMED-PV sowie eine den Konferenzverlauf und die wesentlichen Punkte zusammenfassende Abschlussklärung. Kontrovers verlief vor allem die Sitzung des Politischen Ausschusses vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis. Mehrere Redner äußerten die Befürchtung, dass die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union die Bemühungen der EU, im Rahmen des Barcelona-Prozesses mit den Mittelmeeranrainern zusammenzuarbeiten, in den Hintergrund drängt. Kontroversen gab es auch über den Vorschlag der Einrichtung einer Entwicklungsbank für den mediterranen Raum, der von Delegierten aus nord-europäischen Ländern geblockt wurde.</p> <p>Zu den wesentlichen Elementen der Resolutionen gehört die Bekräftigung des Barcelona-Prozesses als der zentrale Rahmen der künftigen Zusammenarbeit sowie die Würdigung der europäischen Nachbarschaftspolitik. Die Europäische Union wird aufgefordert, finanzielle und technische Hilfe für die Mittelmeer-Staaten zu leisten und den Zugang zum EU-Markt zu erleichtern. Gleichzeitig wird zu einer flexibleren und humaneren Visa-Politik ausgerufen und die „Roadmap“ als Referenzrahmen für die Lösungen des Nahostkonflikts bestätigt. Die Delegierten betonen, dass der ungelöste Nahostkonflikt kein Vorwand für mangelnde Reformen sein darf. Außerdem würdigen die Abgeordneten den Politikwechsel in Libyen.</p>
II Mitglieder der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung	1	
III Zusammenfassung	1	
IV Hintergrund der EUROMED-PV	2	
V Zusammenfassung der Resolutionen	2	
VI Zusammenfassung einzelner Redebeiträge	2	
Anhang: Verabschiedete Resolutionen	5	

I Teilnehmer

Der Deutsche Bundestag hat folgende Mitglieder entsandt:

- Abg. Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU, Leiter der Delegation)
- Abg. Dr. Lale Akgün (SPD)
- Abg. Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

II Mitglieder der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung

Die Euromed PV setzt sich zusammen aus Parlamentsvertretern der EU- Mitgliedsstaaten, des europäischen Parlamentes, und der zehn Mittelmeeranrainer Ägypten,

Redebeiträge leisteten unter anderen die Vizepräsidentin der EU-Kommission Margot Wallström, der Präsident des Europäischen Parlamentes Josep Borrell Fontelles, der Generalsekretär der Arabischen Liga Amre Moussa, der ägyptische Außenminister Aboul Gheit, der Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten und Immigration von Luxemburg, Nicolas Schmit für die amtierende EU-Ratspräsidentschaft, und der deutsche Direktor der neugegründeten Anna-Lindh-Stiftung für den Dialog der Kulturen mit Sitz in Alexandria, Traugott Schöffthaler.

IV Hintergrund der EUROMED-PV

Die Konferenz der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Prozesses von Barcelona begrüßte in ihrer Sitzung im Dezember 2003 in Neapel den Beschluss des Euromediterranen Parlamentarischen Forums, sich in eine ständige parlamentarische Versammlung umzuwandeln. Sie kam in ihren Schlussfolgerungen darin überein, dieses neue Gremium in einer beratenden Eigenschaft in den Rahmen des Barcelona-Prozesses aufzunehmen. Mit Beschluss vom 10. März 2004 auf Drucksache 15/2660 trat der Deutsche Bundestag der Parlamentarischen Versammlung bei.

Die Parlamentarische Versammlung soll den Gedankenaustausch zwischen den Parlamenten der Partnerländer fördern und der euromediterranen Zusammenarbeit durch die stärkere Institutionalisierung der Parlamentarischen Dimension neue Impulse verleihen. Die Versammlung setzt sich zusammen aus 240 Parlamentariern, von denen jeweils die Hälfte aus den Partnerländern im Mittelmeerraum und der Europäischen Union entsendet werden. Das Europäische Parlament schickt 45 Mitglieder in die Versammlung.

Dr. Amed Fathi Sorour, Präsident der ägyptischen Volksversammlung, hielt von April 2004 bis März 2005 die Präsidentschaft der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung inne. Seit April 2005 ist der Präsident des Europäischen Parlamentes, Josep Borrell Fontelles, Präsident der Versammlung.

V Zusammenfassung der Resolutionen

Ausschuss für politische-, sicherheitspolitische- und Menschenrechtsangelegenheiten

Mit dieser Resolution wird die Zentralität des Barcelona-Prozesses trotz der Unzulänglichkeiten betont. Die beteiligten Länder werden dazu aufgerufen, die derzeit laufenden unterschiedlichen Assoziierungsprozesse zu vereinheitlichen. Die Versammlung begrüßt die wachsende Beteiligung der Bevölkerung in den Südmittelmeerstaaten. Gleichzeitig wird das Verlangen der Bevölkerung nach Demokratie berücksichtigt. Zum Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern heißt es, die Parlamentarier würdigten die Fortschritte im Nahost-Friedensprozess. Jede Art von Terrorismus wird verurteilt; allerdings seien Fortschritte im Nahost-Friedensprozess nicht die Voraussetzung für die Umsetzung politischer und ökonomischer Reformen in der Region. Im Zusammenhang mit dem

Libanon wird die Bedeutung von transparenten und demokratischen Wahlen betont. Die Versammlung verurteilt den Anschlag auf den ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes, Rafic Hariri Ende Februar 2005 und äußert die Hoffnung auf Aufklärung des Verbrechens. Die Abgeordneten unterstreichen zudem die positiven Aspekte des Richtungswechsels der Politik in Libyen hin zu mehr Akzeptanz von Geist und Prinzipien des Barcelona-Prozesses.

Ausschuss zu Wirtschafts- und Finanzfragen, sozialen Angelegenheiten und Bildung

Mit dieser Resolution betonen die Abgeordneten die Auswirkungen von Stabilität, Entwicklung und wirtschaftlicher Kooperation auf den Nahost-Friedensprozess. Die EU wird aufgefordert, den Mittelmeerstaaten finanzielle und technische Mittel zur Verfügung zu stellen, damit das ab 2010 geltende Freihandelsabkommen umgesetzt werden und die wirtschaftliche Kluft zwischen den EU-Staaten und den Mittelmeeranrainern überwunden werden kann. Die Versammlung ruft europäische Investoren dazu auf, ihre Bemühungen in der Region zu verstärken und den Zugang zum EU-Markt zu verbessern. Die Bedeutung von Reformen in der Region wird ebenfalls hervorgehoben. Zudem sprechen sich die Parlamentarier dafür aus, im Mittelmeerraum ein Frühwarnsystem für Naturkatastrophen einzurichten und die Bildungs- und Forschungskooperation zu intensivieren.

Ausschuss zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zum Austausch zwischen den Zivilgesellschaften und Kulturen

Mit dieser Resolution unterstreicht die Versammlung die Bedeutung der Zusammenarbeit in Immigrationsfragen. In diesem Bereich sei eine einheitliche EU-Politik notwendig, da Immigration im Wesentlichen ein ökonomisch bedingtes Phänomen sei. Die Abgeordneten appellieren darüber hinaus an die Verantwortung der EU, Immigranten aufzunehmen und zu integrieren. Außerdem rufen sie zu einer flexibleren und humaneren Visa-Politik auf. Die Versammlung setzt sich darüber hinaus für den Ausbau des Dialogs zwischen den euromediterranen Kulturen ein. Es sei wichtig, eine gemeinsame Wertebasis unter Beibehaltung nationaler Identitäten zu entwickeln.

VI Redebeiträge

Dr. Ahmed Fathi Sorour, Präsident der Euro-mediterranen Parlamentarischen Versammlung

Präsident Sorour betonte die Rolle der EUROMED-PV als offenes und freies Forum, in dem das, was die Völker Europas und des Mittelmeerraumes beschäftigt, auf der Basis von gegenseitigem Verständnis in einem kontinuierlichen Dialog zur Sprache kommen sollte. Der Präsident der EUROMED-PV und Präsident der ägyptischen Volksversammlung nannte die Bewahrung von Frieden und Sicherheit das vorrangige Ziel des parlamentarischen Dialogs. Die Partnerschaft müsse durch Taten und nicht nur durch Worte unter Beweis gestellt werden und von

gemeinsamer Verantwortung und gegenseitigem Verständnis und nicht von Vorurteilen geprägt sein. Es dürfe nicht sein, dass manche Partner den mediterranen Raum und die Regionen des Nahen und Mittleren Ostens lediglich als eine Quelle der Bedrohung für die Sicherheit westlicher Länder empfinden.

Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die neu gewählte palästinensische Regierung sei ebenso wichtig wie die Anerkennung ihrer Bemühungen, wieder Frieden in ihre Gebiete zu bringen, die Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern und nachhaltige Wirtschaftsentwicklungsprogramme umzusetzen. Der Präsident der EUROMED-PV sprach sich dafür aus, die Roadmap umzusetzen und forderte Israelis und Palästinenser dazu auf, die direkten Gespräche wieder aufzunehmen. Das Ziel sei eine Zwei-Staaten-Lösung mit der friedlichen Koexistenz von Israelis und Palästinensern und einem souveränen, unabhängigen, lebendigen und demokratischen Palästina. Es komme vor allem darauf an, den Rückzug aus dem Gaza-Streifen und Teilen der Westbank zu vollziehen, Sicherheitskompetenzen in palästinensische Gebiete zu verlagern, die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung zu verbessern und Gefangene freizulassen.

Nach Überzeugung Sorours hat die Europäische Union mit dem Barcelona-Prozess die Wechselbeziehungen zwischen Fragen der Sicherheit und Politik einerseits und sozialen und kulturellen Themen andererseits verstanden und in konkrete Maßnahmen gegossen. Der sich nun abzeichnende parlamentarische Begleitprozess müsse diesen Wechselbeziehungen ebenfalls Rechnung tragen. Er hob hervor, dass die grundlegenden Prinzipien der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Partnerschaft nicht durch kulturelle Unterschiede gefährdet werden dürften. Von der Nachbarschaftspolitik der EU gegenüber den östlichen Anrainerstaaten erwartet der Präsident der Versammlung eine Ergänzung und keine Schwächung des Mittelmeerprozesses.

Der Präsident der EUROMED-PV bekräftigte die Bedeutung des parlamentarischen Dialogs für die Entwicklung der Demokratie und die Achtung der Menschenrechte in der Region. Dieser sei wichtig in einer Zeit, in der verschiedene Formen von Menschenrechtsverletzungen in vielen Teilen der Welt zu beobachten seien. Zentrale Prinzipien seien die Souveränität der Staaten in der Regelung interner Angelegenheiten wie die Unabhängigkeit der Gerichte, der Glauben an die Allgemeingültigkeit der Demokratie und Menschenrechte sowie der Respekt für die kulturellen Unterschiede in deren Ausgestaltung. Mit Blick auf den Irak begrüßte er die Durchführung von allgemeinen Wahlen und die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft. Die Wahlen hätten einen zentralen Stellenwert für den politischen und demokratischen Wiederaufbau des Landes. Dennoch sei es unzulässig, im Namen von Reformen in die internen Angelegenheiten eines souveränen Staates einzugreifen. Internationale Hilfestellungen müssten darauf ausgerichtet sein, entsprechende Reformen zu fördern.

Nicolas Schmit, stellvertretender Außenminister Luxemburgs, für die amtierende EU-Ratspräsidentschaft

Für Nicolas Schmit ist die euromediterrane Partnerschaft heute mehr denn je der zentrale Rahmen für die Kooperation und die Solidarität zwischen der EU und den Partnerländern des Mittelmeerraumes. Als Ziele der Partnerschaft nannte er die Stärkung von Frieden und Stabilität sowie die Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts und des Wohlstands und der Demokratie in der Region. Des Weiteren hob Schmit die Errungenschaften und Aussichten des seit 1995 bestehenden Barcelona-Prozesses hervor. Als wichtiges Element der zukünftigen Entwicklung der Partnerschaft nannte er den Reformwillen, der in der Erklärung von Tunis im Mai 2004 bekräftigt worden sei. So gehe es darum, den Terrorismus zu bekämpfen sowie gegen die Armut und die wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit vorzugehen. Für die euromediterrane Partnerschaft komme es darauf an, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, die Menschenrechte und die Rechtstaatlichkeit zu verteidigen und das Prinzip der Selbstbestimmung zu respektieren.

Mit der Einführung der Nachbarschaftspolitik habe die EU entschieden, ihren engsten Nachbarn besondere Aufmerksamkeit entgegen zu bringen. Laut Schmit ersetze diese Politik nicht den Barcelona-Prozess, der weiterhin ein wichtiger politischer und wirtschaftlicher Eckpfeiler der Kooperation der EU mit den südlichen Anrainerstaaten bleibe. Die Nachbarschaftspolitik übertrage die gemeinsamen Prioritäten in eine konkrete politische Agenda mit speziellen und messbaren Zielen und stelle Aktionspläne auf, mit denen auch der Barcelona-Prozess gestärkt werden solle.

Nach Überzeugung von Schmit kann die euromediterrane Partnerschaft auch zu einer Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beitragen. So sei der Dialog zu sicherheitspolitischen Fragen ausgeweitet worden; allerdings gebe es noch Potenzial, ihn effizienter zu gestalten. So komme es vor allem darauf an, eine politische Lösung des Palästina/Israel-Konflikts zu finden. Schmit rief die Versammlung dazu auf, die Verhandlungen zu einer euromediterranen Charta für Frieden und Stabilität zu unterstützen.

Zum Stand des Barcelona-Prozesses erklärte Schmit, die Partnerschaft habe sich weiterentwickelt und der Dialog sei sowohl auf bilateraler als auch auf regionaler Ebene institutionalisiert worden. Auf regionaler Ebene stärkten regelmäßige Ministertreffen den Dialog und die Zusammenarbeit in so wichtigen Bereichen wie der Industrie, des Handels oder der Kommunikations- und Informationstechniken. In den Augen Schmits ist die Zusammenarbeit in der Bildungs- und Einwanderungspolitik ebenfalls von zentraler Bedeutung.

Schmit betonte, die Europäische Investitionsbank (EIB) werde weiterhin die finanzielle Partnerschaft durch innovative Finanzierungsinstrumente und Fördermaßnahmen für die Entwicklung des privaten Sektors unterstützen.

Für Schmit ist die EUROMED-PV ein gutes Beispiel für den Fortschritt der euromediterranen Partnerschaft. Sie trage als parlamentarische Einrichtung des Barcelona-Prozesses zur Stärkung der Wirksamkeit und der Transparenz des Prozesses und infolgedessen auch zur Annäherung der euromediterranen Partnerschaft an die Interessen und Erwartungen der Öffentlichkeit bei. Sie trage außerdem dem Bedürfnis der Völker nach einer demokratischen Legitimation Rechnung.

In der Gründung der „Anna-Lindh-Euromediterranen Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen“ sieht Schmit einen wichtigen Schritt zur Zusammenarbeit der Mittelmeeranrainer in Kulturfragen. Die Stiftung müsse sich zum Ziel setzen, unterhalb der offiziellen Beziehungen einen kontinuierlichen Dialog zwischen den Kulturkreisen zu führen und die Zusammenarbeit und Annäherung der Menschen zu befördern.

Zur Rolle des Barcelona-Prozesses in der Vergangenheit führte Schmit an, dass dieser nicht immer den erhofften Erfolg bei der Lösung regionaler Konflikte hatte und deshalb die Anstrengungen zur Etablierung eines Raumes des Friedens, der Stabilität und des Wohlstandes im Mittelmeerraum noch weiter verstärkt werden müssten. Als konkreter Schritt sei es unerlässlich, einen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen.

Traugott Schöffthaler, Direktor der „Anna-Lindh-Euromediterrane Stiftung für Dialog zwischen den Kulturen“, Alexandria

Traugott Schöffthaler gab einen Bericht über den Stand des Aufbaus der „Anna-Lindh-Euromediterranen Stiftung für Dialog zwischen den Kulturen“. Die Stiftung soll – in enger Partnerschaft mit den Leitern der nationalen Netzwerke der 35 EUROMED-Partner und den Koordinatoren der bereits existenten regionalen EUROMED-Netzwerke als „Netzwerk der Netzwerke“ errichtet werden, um Völker und Menschen in einem gemeinsamen euromediterranen Raum zusammenzubringen. Mehr als zehn nationale Netzwerke seien heute schon in Betrieb und die Repräsentanten aller 35 Netzwerke würden kurz vor der offiziellen Einsetzungszereemonie am 20. April 2005 ein zweitägiges Arbeitstreffen in Alexandria abhalten, bei dem Ideen und Vorschläge für das Programm für die ersten drei Jahre der Stiftung gesammelt würden.

Für die Etablierung der Stiftung als juristische Person fehle bis zur Plenartagung noch die präsidiale Beschlussfassung, die in den nächsten Tagen unterzeichnet werde, sowie das Übereinkommen zwischen dem Gastgeberland Ägypten und der EUROMED-Partnerschaft. Dadurch werde Schöffthaler ermächtigt, Verträge mit dem schon angeworbenen nationalen und internationalen Personal abzuschließen und den weiteren Aufbau der Stiftung voranzutreiben. Das Programm der Stiftung wurde durch den Bericht einer hochrangigen Expertengruppe inspiriert und nach Konsultation der Netzwerke und des beratenden Ausschusses ausgearbeitet, so Schöffthaler.

Alle Aktivitäten der Stiftung müssen mindestens zwei EU- und zwei Mittelmeerstaaten einbeziehen, erklärte

Schöffthaler weiter. Das Tätigkeitsfeld umfasse Bildungs- und Kulturprojekte sowie Maßnahmen zur Förderung der Wissenschaft und Kommunikation. Insgesamt komme es besonders darauf an, Projekte der Jugendarbeit voranzutreiben. Bereits bestehende Aktivitäten will die Stiftung bei der Erarbeitung neuer Projekte berücksichtigen.

Folgende Programmpunkte werden laut Schöffthaler in den ersten drei Jahren im Mittelpunkt stehen:

- Die gemeinsame Zukunft: Musik, kreatives Schreiben, ein Netzwerk von Schulen und die Ausbildung der Lehrer
- Multiperspektivität: Bildungsinhalte, mit besonderer Berücksichtigung der Kultur der Religionen
- Die „kreative Verschiedenheit“: Dialog zwischen Kulturen im Klassenzimmer
- Wissenschaft ohne Grenzen: digitale Möglichkeiten, Reisezuschüsse, grenzüberschreitende Forschungsgruppen
- Mit Ausbildungsprogrammen und Reisezuschüssen soll insbesondere Frauen ein größerer Gestaltungsspielraum eröffnet werden

Laut Schöffthaler kommt es in den nächsten drei Jahren vor allem darauf an, 35 gut organisierte nationale Netzwerke zu schaffen und diese zu vernetzen.

Fouad Mebazaâ, Präsident der tunesischen Kammer der Volksvertreter, zum Arbeitspapier „Die Meinung der mediterranen Partner zu der europäischen Strategie“

Tunesien habe im Auftrag des Präsidiums der EUROMED-PV ein Arbeitspapier über die Perspektiven der Kooperation und Partnerschaft zwischen den mediterranen Staaten und der EU erarbeitet, erläuterte Mebazaâ. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Barcelona-Erklärung sei die Beteiligung der euromediterranen Staaten am Barcelona-Prozess umfassend analysiert worden. Das Arbeitspapier stelle die Perspektiven des politischen Dialogs, der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zwischen den nördlichen und südlichen Staaten sowie der Bekämpfung des Terrorismus dar.

Es seien die Bemühungen aufgelistet, die mediterrane Region zu einer stabilen und wohlhabenden Gegend zu machen. Zu diesem Zwecke sei die wirtschaftliche Kooperation sehr wichtig. Auslandsinvestitionen und die Kooperation in Finanzfragen seien ebenfalls von großer Bedeutung für die Entwicklung der Region. Außerdem seien der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region und die Entwicklung gemeinsamer Projekte zum Schutz der Umwelt wichtig. Darüber hinaus stelle das Papier die Bedeutung der Solidarität zwischen den Völkern und die aktive Beteiligung an sozialen, kulturellen und humanitären Aktivitäten in den Mittelpunkt. Diese müssten darauf abzielen, das gegenseitige Verständnis zwischen Kulturen und Zivilgesellschaften zu verbessern.

Anhang: Verabschiedete Resolutionen

Entschließung

**Des Ausschusses für politische, sicherheitspolitische-
und Menschenrechtsangelegenheiten**

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer:

- unter Hinweis auf die Erklärung von Barcelona vom 28. November 1995 und ihr Arbeitsprogramm,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen aller Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenzen sowie der sektoriellen Ministerkonferenzen, die seit der Einleitung des Barcelona-Prozesses stattgefunden haben,
- unter Hinweis auf die Erklärungen der fünf Plenartagungen des Euromediterranen Forums seit seiner Einrichtung im November 1998 bis zu seiner Umwandlung in die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) auf der VI. Ministerkonferenz von Neapel vom 3. Dezember 2003,
- in Kenntnis der Zusage der Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz auf ihrem Treffen vom 5. und 6. Mai 2004 in Dublin hinsichtlich der Konsultation der PVEM,
- gestützt auf Artikel 3 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
 - A. in der Erwägung, dass die Mittelmeerpolitik eine der Prioritäten der auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union darstellt; unter erneutem Hinweis darauf, dass die Ministerkonferenz von Barcelona einen historischen Wendepunkt in den Europa-Mittelmeer-Beziehungen darstellte,
 - B. in der Erwägung, dass die Erklärung von Barcelona und das beigefügte Arbeitsprogramm einen multilateralen und nachhaltigen Rahmen geschaffen haben, der im Wesentlichen zwischenstaatlich ist und sich auf einen Geist globaler Partnerschaft über drei Achsen gründet, die die drei Teilbereiche der Partnerschaft darstellen:
 - ein vertiefter und regelmäßiger politischer Dialog,
 - der Ausbau der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit,
 - eine stärkere Bewertung der sozialen, kulturellen und menschlichen Dimension; unter erneutem Hinweis darauf, dass der multilaterale Rahmen als Ergänzung zu einer Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu sehen ist,
 - C. unter Betonung der Tatsache, dass die Unterzeichnerstaaten von Beginn an der Auffassung waren, dass die Konferenz von Barcelona die Grundlagen für einen offenen und evolutiven Prozess gelegt hat, der sich auf die Prinzipien (Gleichheit, Mitver-

antwortung, Solidarität und gemeinsame Beteiligung) und Ziele stützt, die in der Schlusserklärung festgelegt wurden,

- D. in der Erwägung, dass der Barcelona-Prozess aus der Energie und dem Optimismus der Friedenskonferenz von Madrid und der Friedensabkommen von Oslo entstanden ist, die neue Perspektiven für eine Lösung des Konflikts im Nahen Osten boten,
- E. allerdings auch in der Erwägung, dass die Ereignisse zu Beginn dieses Jahrhunderts (die Stagnation des Projekts zur Schaffung von Frieden zwischen Israel und Palästina, die Terroranschläge in New York und später in Madrid, der Krieg im Irak und der lange Weg hin zum Frieden, der von Konflikten und Gewalt in diesem Land überschattet ist) den internationalen Rahmen grundlegend verändert haben, der für die Ergebnisse des Barcelona-Prozesses mageblich ist,
- F. in der Überzeugung, dass der Konflikt im Nahen Osten weiterhin ein bedeutendes politisches Problem darstellt, und dass es sich die Europa-Mittelmeer-Gemeinschaft nicht leisten kann, sich mit diesem Konflikt, der schwer auf der Effizienz des Barcelona-Prozesses lastet, nicht auseinander zu setzen,
- G. in der Erkenntnis, dass sich seit seiner Einleitung die Wechselbeziehung zwischen der Europäischen Union und ihren Mittelmeerpartnern immer deutlicher erwiesen hat, von der Energieversorgungssicherheit über die Einwanderung, die nachhaltige Entwicklung, den Handel, die Investitionen, die kulturellen Kontakte und die Kontakte zwischen den Zivilisationen sowie den Kampf gegen den Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bis zum Schutz des ökologischen Erbes,
- H. in der Erwägung, dass die Völker der Europäischen Union und der Partnerländer im Mittelmeerraum nicht an eine Konfrontation der Zivilisationen glauben, und dass die öffentliche Meinung in Europa und im Mittelmeerraum mit großer Mehrheit diese gefährliche Annahme verwirft,
- I. unter Betonung der Tatsache, dass der Barcelona-Prozess derzeit der einzige Versuch in der gesamten Europa-Mittelmeer-Region ist, durch den seit sechs Jahren versucht wird, einen auf gemeinsamen Werten gegründeten Raum der Stabilität und des Wohlstands durch einen neuartigen Ansatz bei den internationalen Beziehungen zu schaffen, bei dem auf eine immer engere, solidere und ausgewogenere Zusammenarbeit zwischen allen Staaten und Völkern des Europa-Mittelmeerraums Wert gelegt wird,
- J. unter erneutem Hinweis darauf, dass die Achtung und Verteidigung der Menschenrechte sowie der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in den Ländern des Mittelmeerraums die wesentliche

- Grundlage für den Barcelona-Prozess sind, der sowohl aus den Assoziationsabkommen als auch dem multilateralen Rahmen der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer besteht,
- K. in der Überzeugung, dass die Erweiterung der Europäischen Union auf 25 Mitgliedstaaten als eine Chance für die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft gesehen werden muss, und unter Betonung der Tatsache, dass eine höhere Zahl politischer Akteure zahlreiche positive Ansatzpunkte für die Arbeitsmethoden des Barcelona-Prozesses bietet,
- L. in der Erwägung, dass der Barcelona-Prozess die Institutionalisierung des multilateralen Dialogs (von Region zu Region) zwischen den nationalen Parlamenten der Europa-Mittelmeer-Länder des Barcelona-Prozesses und dem Europäischen Parlament gefördert hat, der nicht nur zwischenstaatlichen, sondern auch parlamentarischen Charakter hat,
- M. unter Hinweis auf die Tatsache, dass während der letzten neun Jahre elf Europa-Mittelmeer-Konferenzen der Außenminister und 21 gemeinsame Ministerkonferenzen zu fast allen Tätigkeitsbereichen stattgefunden haben, was die Intensität dieses multilateralen offiziellen Dialogs beweist,
- N. in der Erwägung, dass die wirtschaftliche Kluft zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers trotz der eingesetzten Haushalts- und Finanzmittel (6,4 Milliarden Euro des Gemeinschaftshaushalts, die der finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mittelmeerpartnern seit 1996 zugewiesen wurden, und 1,8 Milliarden Euro an Beihilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde seit Beginn des Friedensprozesses im Jahr 1994) noch tiefer geworden ist,
- O. in der Überzeugung, dass der Prozess der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung in den arabischen Partnerländern trotz der bereits erreichten Fortschritte beschleunigt werden sollte, und dass die Herausforderung in dieser Hinsicht gewaltig ist, wie dies auch von bestimmten internationalen Institutionen bereits betont wurde: 65 Prozent der Bevölkerung dieser Länder ist jünger als 25 Jahre, und im Zeitraum 2000 bis 2010 wird die Zahl der Menschen, die neu zur aktiven Bevölkerung stoßen, durchschnittlich etwa 4,2 Millionen jährlich betragen, d. h. das Doppelte der Neueinsteiger während der vorhergehenden zwei Jahrzehnte,
- P. unter erneutem Hinweis darauf, dass die arabischen Länder ausweislich der Erklärung von Tunesien zu Reform und Modernisierung, die im Mai 2004 von der Arabischen Liga angenommen wurde, zum Ausdruck gebracht haben, dass sie bereit sind, diese Herausforderung zu meistern,
- Q. unter Hinweis darauf, dass es weitere politische Initiativen vor kurzem durch die Erklärung von „Sea Island“ der G-8 („Weiterer Mittlerer Osten und Nordafrika“), die europäische Nachbarschaftspolitik und die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und dem Mittelmeerraum sowie dem Mittleren Osten gab,
- R. in der Erwägung, dass zur Effizienz der Tätigkeit der EU, deren Dynamik vom politischen Willen herrührt, der sich im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer ausdrückt, auch der Kontext der transatlantischen Beziehungen berücksichtigt werden muss,
- S. in Anerkennung der Tatsache, dass die bilateralen Freundschafts-, Kooperations- und Nachbarschaftsverträge sowie die Instrumente für eine verstärkte politische Konsultation, durch die viele Staaten des Europa-Mittelmeerraums verbunden sind, zur Erreichung der Ziele Frieden, Stabilität und Wohlstand für die Region beitragen,
- T. in der Überzeugung, dass die subregionalen Nord-Süd-Initiativen wie etwa der „Dialog 5+5“ dazu beitragen können, die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft in ihrer Gesamtheit besser darzustellen sowie die Süd-Süd-Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ländern des westlichen und östlichen Mittelmeerraums zu stärken,
- U. in der Erwägung, dass sich die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern des Mittelmeerraums weiterhin auf sehr solide Grundlagen stützen, und dass die Europäische Union unverändert einen beträchtlichen Überschuss im Handel mit den Mittelmeerpartnern zu verzeichnen hat,
- V. unter Hinweis darauf, dass der Schwachpunkt des den Handel betreffenden Teils des Barcelona-Prozesses in der Einseitigkeit und der Stagnation der Handelsbeziehungen zwischen den zehn Partnerländern des südlichen Ufers des Mittelmeers besteht, was die Einrichtung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2010 erschwert,
- W. unter Betonung der Tatsache, dass insofern das Abkommen von Agadir, das die Liberalisierung des Handels zwischen Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien ermöglicht, ein gutes Beispiel für den einzuschlagenden Weg ist, wenn man will, dass dieses Ziel erreicht wird,
- X. unter Hinweis darauf, dass 2005 von der Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz in Den Haag zum „Jahr des Mittelmeers“ erklärt wurde,
- Y. in der Überzeugung, dass die Institutionalisierung der parlamentarischen Dimension des Barcelona-Prozesses in der Lage ist, der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft neue Impulse zu verleihen,
- Der Barcelona-Prozess: ein Konzept für Zusammenarbeit, das immer noch Gültigkeit hat**
1. nimmt zur Kenntnis, dass der Barcelona-Prozess zu einer wichtigen wirtschaftlichen und politischen

- Größe für alle Partner geworden ist; erinnert daran, dass der Barcelona-Prozess gegenüber anderen multilateralen und bilateralen politischen, die Region betreffenden Initiativen aus jüngster Zeit auf einen konzeptionellen Rahmen zurückgreifen kann, der durch eine lange Erfahrung der Zusammenarbeit und des finanziellen Engagements, die bereits Früchte getragen haben, an Wert gewonnen hat,
2. stellt das grundsätzliche Interesse der Partner am Barcelona-Prozess fest, der den wesentlichen Bezugsrahmen für die Beziehungen der Zusammenarbeit und der Solidarität zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern des Mittelmeerraums darstellt;
 3. stellt fest, dass die Ziele und die Philosophie der Zusammenarbeit, die durch die Erklärung von Barcelona von 1995 festgelegt wurden, noch essentiell gültig sind und dass sie für die Europa-Mittelmeerpартnerschaft sogar noch an Bedeutung gewonnen haben; ist in diesem Zusammenhang der Überzeugung, das seither viel getan wurde, um die Ziele zu erreichen, dass aber noch viel zu tun bleibt, um dorthin zu gelangen;
 4. ist der Meinung, dass der Barcelona-Prozess, wenn er auch noch nicht alle erwarteten positiven Effekte hatte und auch noch nicht zu einem dauerhaften Abbau der Spannungen und einer entscheidenden Verminderung der Trennlinien zwischen dem Süden und dem Norden des Mittelmeerraums beigetragen hat, eben weil er perfektioniert werden kann, weiterhin der geeignete Rahmen für die politische Konsultation und die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, durch den auf wirkungsvolle Weise ein Beitrag zur Förderung des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum geleistet werden kann;
 5. ist der Meinung, dass der Barcelona-Prozess auf seine Art eine einzigartige Erfahrung als Rahmen der Abstimmung und der Kooperation auf vielfältige Art und Weise darstellt; ist der Auffassung, dass die Institutionalisierung eines multilateralen Dialogs einen der bedeutsamsten Fortschritte darstellt, da er Ministern und hohen Beamten der nördlichen und südlichen Anrainerstaaten die Möglichkeit gibt, sich in regelmäßigen Abständen zu treffen, um die Probleme der Region zu erörtern und gemeinsam Lösungen zu finden;
 6. wünscht allerdings, dass praktische Modalitäten gefunden werden, die die Länder der Mittelmeerpартnerschaft in die Lage versetzen, eine wichtigere Rolle in diesem offiziellen politischen Dialog zu spielen, um die Mitverantwortung, den Protagonismus und den Geist der müssen; ist der Auffassung, dass insofern die Prinzipien der Ko-Präsidentschaft und der abwechselnden Tagungsorte für die Ministertreffen so bald wie möglich umgesetzt werden sollten;
 7. stellt fest, dass die Dynamik des institutionellen Dialogs beginnt, die Unternehmerschaft und die Gewerkschaften, die Gebietskörperschaften, die großen Städte, die Universitäten und die Zivilgesellschaft zu beeinflussen; ermuntert alle diese Akteure, mehr zur Darstellung dieses „Kontaktnetzes“ beizutragen, das für die Förderung des Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses, den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken sowie für Arbeitsplatz schaffende Investitionen so wichtig ist;
 8. betont, dass die kürzlich gegründete „Anna Lindh“-Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen und Zivilisationen, die Schaffung der Plattform der NRO für das Bürgerforum und die Schaffung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer als parlamentarische Institution des Barcelona-Prozesses im Jahr 2004 ebenfalls handfeste Ergebnisse sind, die die Zusammenarbeit im Bereich der Demokratisierung und der Menschenrechte begünstigen und die Europa-Mittelmeerpартnerschaft den Bürgern näher bringen dürften;
 9. betont, dass der Abschluss vom Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen mit neuen Partnerländern und die Paraphierung des Abkommens mit Syrien ein bedeutendes Ergebnis des Barcelona-Prozesses sind; ist insofern der Auffassung, dass man anstreben sollte, dass dieses „Netz von Abkommen“, das für die für Investitionen notwendige Rechtssicherheit sorgt, in vollem Umfang operativ wird und durch Süd-Süd-Abkommen, wie dem Abkommen von Agadir, ergänzt wird, wobei es aber allen Partnern offen stehen muss;
 10. betont, dass die finanziellen Hilfsmittel der Partnerschaft (die MEDA I und MEDA II Programme, die Darlehen der EIB und die finanzielle Fazilität FEMIP), was ihren Einsatz betrifft, ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis des Barcelona-Prozesses sind, ohne dass verkannt wird, dass sie den Staaten des Südufers des Mittelmeers nicht gleichmäßig zugute gekommen sind;
 11. stellt fest, dass der politische und Sicherheitsdialog – wenn auch kaum Fortschritte bei der Europa-Mittelmeer-Charta für Frieden und Stabilität zu verzeichnen sind, deren Annahme weiterhin wegen dem Nahost-Konflikts blockiert ist, zu verzeichnen sind – in jüngster Zeit intensiver und effektiver geworden ist; nimmt die Tatsache zur Kenntnis, dass die Europa-Mittelmeerpartner damit beginnen, sensible Fragen, wie die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Nichtverbreitung von Waffen, zu erörtern; besteht darauf, dass der Kampf gegen den Terrorismus unter peinlich genauer Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Rechts und des Flüchtlingsrechts, geführt werden muss; erinnert auch daran, dass diese Verpflichtungen das Verbot der Folter und anderer unmenschlicher oder entwürdigender Behandlungen oder Strafen umfassen;
 12. ist besorgt über die Tatsache, dass im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus eine bestimmte Anzahl von Staaten die Verabschiedung von

Rechtsvorschriften vorgenommen oder angekündigt hat, die nicht mit internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte, des internationalen humanitären Rechts, des Flüchtlingsrechts und der Grundsätze des Rechtsstaats in Einklang stehen;

13. begrüßt insofern die Aufnahme der Klauseln der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen in die kommenden Abkommen und Aktionspläne; unterstreicht die Tatsache, dass derartige Maßnahmen von allen Partnern ausnahmslos durchgeführt werden müssen, damit aus dem Mittelmeer ein Raum ohne Massenvernichtungswaffen wird; fordert eine stärkere Einbeziehung der Partnerländer im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik; fordert, dass alle Europa-Mittelmeerländer den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) unterzeichnen;
14. erinnert daran, dass Fortschritte hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte und des Aufbaus des Rechtsstaats und der Demokratie im Mittelmeerraum zu den Zielen zählen, die nach der Erklärung von Barcelona erreicht werden sollen;
15. begrüßt die in unterschiedlichen Formen ablaufende Entwicklung des Prozesses der parlamentarischen Demokratie in der Region;
16. fordert die Einsetzung von Unterausschüssen für Menschenrechte im Rahmen der Assoziationsabkommen, um einen strukturierten Dialog über Menschenrechte und Demokratie zu entwickeln; ist der Auffassung, dass derartige Unterausschüsse ein Schlüsselement der Aktionspläne darstellen; unterstreicht die Bedeutung der Konsultation und der Einbindung der Zivilgesellschaft in die Arbeit dieser Unterausschüsse, um die Menschenrechtslage besser überprüfen zu können;
17. ist der Auffassung, dass die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDM) eine entscheidende Rolle im Rahmen des Barcelona-Prozesses bei der Förderung der Werte spielen muss, auf die sich die EU gründet; fordert insofern, dass der Umfang dieses Instruments im Rahmen der Europa-Mittelmeerpartnerschaft ausgeweitet wird, um die Entwicklung und Festigung der Zivilgesellschaften und der Nichtregierungsakteure zu unterstützen;
18. stellt fest, dass der Vergleich zwischen den Zielen und dem Stand der Verwirklichung in den anderen Bereichen der Partnerschaft recht uneinheitlich ausfällt, und stellt fest, dass in einer bestimmten Anzahl von Fällen (Informationsgesellschaft, Gesundheit) die konkreten Ergebnisse relativ bescheiden sind, und dass es den Bemühungen an Kontinuität fehlt;

Die „zentrale Stellung“ des Barcelona-Prozesses

19. hält es für wünschenswert, die bestehende Verwirrung im Zusammenhang mit der Vielzahl der politischen Initiativen zum Mittelmeerraum zu beseitigen, wobei es um diejenigen geht, die ausschließlich von

der Europäischen Union auf den Weg gebracht wurden, und diejenigen, an denen die Mitgliedstaaten beteiligt sind; ist insofern der Auffassung, dass der wiederbelebte Barcelona-Prozess die europäische Nachbarschaftspolitik und die strategische Partnerschaft als zwei den Barcelona-Prozess ergänzende Projekte umfassen müsste, die neue Perspektiven eröffnen, ihn bereichern und zusätzliche Synergien für die Gesamtheit der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft freisetzen;

20. fordert den Ministerrat der Union und die Kommission auf, das institutionelle und operative Verhältnis zwischen dem Barcelona-Prozess, der Nachbarschaftspolitik und der strategischen Partnerschaft klarzustellen;
21. wünscht, dass der wiederbelebte Barcelona-Prozess („Barcelona Plus“) einen zentralen Platz in der Europa-Mittelmeerpartnerschaft einnimmt, denn er bleibt der Schlüssel zum Erfolg der Partnerschaft und für den Dialog zwischen der Europäischen Union und dem Mittelmeerraum;
22. stellt fest, dass der Barcelona-Prozess eine Stärkung erfährt sowohl durch eine neue europäische Nachbarschaftspolitik, durch die insbesondere die verantwortungsvolle Regierungsführung sowie die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der Partnerschaft gefördert werden sollen, als auch durch die gesteigerte Bedeutung, die einer strategischen Partnerschaft zwischen der Union und der Region für eine engere Zusammenarbeit im Bereich des Kampfes gegen den Terrorismus und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie dem Dialog und der Zusammenarbeit im Bereich der Einwanderungs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zukommt;
23. betont die Tatsache, dass die europäische Nachbarschaftspolitik als Ergänzung des Barcelona-Prozesses keinesfalls die Prinzipien – Gleichheit, Mitverantwortung, Solidarität und Zusammenarbeit – oder den multilateralen Rahmen von Barcelona aus den Augen verlieren darf; lenkt die Aufmerksamkeit auf die Gefahr, dass die bilaterale Abhängigkeit der Partnerländer von der Europäischen Union zunimmt, wenn man sich ausschließlich auf den differenzierten bilateralen Ansatz konzentriert und somit die bereits existierende, noch schwache subregionale Zusammenarbeit untergräbt;

Auf dem Weg zu „Barcelona Plus“ im Rahmen einer „Allianz der Zivilisationen“

24. ist der Auffassung, dass der zweite Jahrestag der Erklärung von Barcelona eine gute Gelegenheit bietet, die Ergebnisse ihrer Umsetzung zu bewerten und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers auf ein höheres Niveau zu stellen; hofft, dass die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union wie vorgesehen im Jahr 2005 gemäß den Bedingungen des vom Europäischen Rat im Dezember 2004 angenommenen Beschlusses beginnen können;

25. betont, dass der Erfolg der Entwicklungspolitik im Mittelmeerraum und die Garantie einer wirkungsvolleren Partnerschaft zwischen den Ländern der beiden Ufer eng mit der Einrichtung eines Klimas der Sicherheit und der Stabilität in der Region zusammenhängt;
26. ist besorgt darüber, dass in den Ländern des Mittelmeerraums auf Forderung bestimmter Mitgliedstaaten der Union so genannte „Erstaufnahmeeinrichtungen“ für Einwanderer, die in die Union einreisen wollen, eingerichtet werden sollen, die die Mindestgarantien für die betreffenden Personen hinsichtlich der Grundrechte nicht bieten; erinnert daran, dass die Steuerung der Migrationsflüsse nicht ausschließlich aus Sicherheitserwägungen heraus erfolgen darf, sondern auf die Lenkung einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung der Länder des Mittelmeerraums ausgerichtet sein muss;
27. erinnert an die gemeinsame Verantwortung, die alle Europa-Mittelmeerstaaten bei der Steuerung der Nord-Süd-Migrationsflüsse trifft und die sowohl – am Südufer insbesondere – die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Menschenhandels als auch – am Nordufer insbesondere – die Schaffung von wirtschaftlichen Bedingungen für die soziale Entwicklung des südlichen Mittelmeerraums sowie eine würdige Aufnahme unter Achtung der Menschenwürde umfasst;
28. erinnert daran, dass heutzutage wie bereits vor zehn Jahren die gemeinsame Herausforderung, vor der der Barcelona-Prozess steht, die gleiche ist: die Sicherheit für die Staaten und die Völker – ohne Kriege, Terrorismus oder andere Gewaltanwendung – und die wirtschaftliche und soziale Sicherheit, die dem Wachstum, den Investitionen, dem Handel, der Beschäftigung und dem sozialen Fortschritt für alle Mittelmeerpartner größere Möglichkeiten einräumt;
29. begrüßt die Wahl von Mahmoud Abbas als Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde vom 9. Januar 2005 in Wahlen, die von allen nationalen und internationalen, im Westjordanland, in Gaza und in Ost-Jerusalem anwesenden Beobachtern als frei und demokratisch eingeschätzt wurden, und die neue Perspektiven für den Dialog im Nahen Osten eröffnen;
30. begrüßt das neue und ermutigende Klima im politischen Dialog zwischen Israelis und Palästinensern, die Wiederaufnahme der hochrangigen Kontakte zwischen den Parteien und den gemeinsamen Willen, zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästina mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu gelangen; ruft alle anwesenden Parteien auf, eine Antwort auf die noch offenen Fragen durch politische und direkte Verhandlungen im Rahmen der so genannten „Road Map“ für den Frieden, die beide Parteien akzeptiert haben, zu finden;
31. legt der internationalen Gemeinschaft nahe, diesen Prozess zu unterstützen, der auf der beabsichtigten Lösung durch zwei Staaten gemäß den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen sowie auf dem Grundrecht der Völker Israels und Palästinas beruhen muss, in Frieden und Sicherheit innerhalb international anerkannter Grenzen zu leben; fordert beide Parteien auf, von jeder Handlung abzusehen, die dem Prozess für einen dauerhaften Frieden schadet;
32. berücksichtigt in diesem Rahmen uneingeschränkt die Sorgen der palästinensischen Delegation hinsichtlich wichtiger Fragen, wie etwa die Sicherheit, die Entscheidung des IGH zur israelischen Trennmauer (dem sogenannten „Sicherheitszaun“), den Flüchtlingen, den Siedlungen und den Fragen im Zusammenhang mit dem endgültigen Status der Verhandlungen; berücksichtigt desgleichen uneingeschränkt die Sorgen der israelischen Delegation hinsichtlich wichtiger Fragen wie u. a. der Sicherheit; die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer verurteilt aufs schärfste jede Art von Terrorismus und Aufwiegelung zum Hass, unabhängig davon, was der Ursprung ist;
33. legt den Parteien nahe, das neue Klima der Zusammenarbeit zu nutzen, das durch den gestärkten Barcelona-Prozess, insbesondere in seiner parlamentarischen Dimension, geschaffen wurde, die ihren Ausdruck in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer findet, denn dies ist ein einzigartiger Rahmen für die Förderung des Dialogs sowie die Gelegenheit, zu einer friedlichen, gerechten und dauerhaften Lösung beizutragen; nimmt im Rahmen seiner Bemühungen um einen Beitrag zu dem notwendigen politischen Dialog zwischen den beiden Parteien die Zusage seines politischen Ausschusses zur Kenntnis, eine Debatte über den Konflikt zwischen Israel und Palästina im weiteren Sinne durchzuführen, und beschließt gemäß einer noch zu erstellenden Geschäftsordnung, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die zu einer Verbesserung des Dialogs für den Frieden und die Sicherheit in der Region führen sollte;
34. beobachtet allerdings, dass die Fortschritte im Rahmen des Friedensprozesses im Nahen Osten keine Vorbedingung für die Durchführung von wirtschaftlichen und politischen Reformen in der Region und umgekehrt sein dürfen; sowohl der Frieden als auch die Reformen sind beide notwendig und müssen mit der gleichen Entschlossenheit angestrebt werden, wobei sie sich gegenseitig verstärken;
35. begrüßt die politische Entwicklung in der Islamischen Republik Libyen in Richtung auf die Akzeptierung des Geistes und der Grundsätze des Barcelona-Prozesses, was den Weg für eine vollständige und gänzliche Integration dieses Landes in den Prozess eröffnen könnte;
36. begrüßt die vor kurzem erfolgte Reform des Familiengesetzes in Marokko, die die Rechte der Frau in diesem Land sowie ihre gesetzlichen Ansprüche erheblich ausgeweitet hat;

37. ist erfreut über das große politische Engagement, das die Bevölkerung am Südrand des Mittelmeers beispielsweise im Libanon, in Palästina und in Marokko vor kurzem an den Tag gelegt hat; ist der Auffassung, dass der Forderung nach demokratischer Beteiligung und verantwortungsvoller Regierungsführung, die die Völker der Region erhoben haben, immer mehr Gehör geschenkt werden muss;
38. verurteilt aufs schärfste das Attentat, das zum Tod des früheren Präsidenten des libanesischen Ministerrats, Rafic Hariri, sowie anderer unschuldiger Zivilisten geführt hat; wünscht im Einklang mit der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 15. Februar, dass die Hintergründe, Umstände und Auswirkungen dieses Attentats vollständig aufgeklärt werden; fordert die libanesischen Behörden auf, weiterhin uneingeschränkt mit der Untersuchungskommission der UNO zusammenzuarbeiten;
39. wünscht, dass dieser Mord und der Rücktritt der Regierung den Wahlprozess im Libanon nicht in Frage stellen, und unterstreicht die Bedeutung der Abhaltung transparenter und demokratischer Parlamentswahlen in diesem Land in den festgesetzten Fristen; weist darauf hin, dass es dem Europäischen Parlament obliegen würde, über die Entsendung einer Beobachterdelegation zu den Parlamentswahlen im Libanon zusammen mit anderen Institutionen der Europäischen Union sowie der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der PVEM zu entscheiden, falls die libanesisische Regierung eine Einladung aussprechen sollte;
40. erinnert daran, wie wichtig es ist, die Resolution 1559 des Sicherheitsrats der UNO durchzuführen, und bekräftigt, dass der internationalen Gemeinschaft die territoriale Integrität, die Souveränität und die Unabhängigkeit des Libanons wichtig ist; fordert den totalen Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon; nimmt die Ankündigung hinsichtlich der ersten Truppenverlegung zur Kenntnis, fordert aber, dass ihr Rückzug schnellstmöglich abgeschlossen wird;
41. ist allerdings der Auffassung, dass die Intensivierung der Kontakte zwischen Parlamentariern im Rahmen des Barcelona-Prozesses sowohl auf regionaler als auch auf subregionaler Ebene eines der wichtigsten politischen Ziele der Europa-Mittelmeerpartnerschaft sein müsste;
42. betont, dass die Europäische Union durch die Einbeziehung der Mittelmeerpolitik in den Rahmen des ersten Teils des Verfassungsvertrags (Titel VIII Artikel 56) eindeutig beweist, wie sehr das „nähere Umfeld“ der Union als eine Region von strategischem Interesse eingeschätzt wird;
43. stellt fest, dass die Einrichtung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer Hoffnungen in der Zivilgesellschaft geweckt hat, die davon ausgeht, dass die Versammlung ein Instrument darstellt, das geeignet ist, eine neue Dynamik zu schaffen, durch die konkrete Fortschritte im Bereich der Menschenrechte und der Demokratisierung erreicht werden können; spricht sich für die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Arbeiten der Versammlung und ihrer Ausschüsse aus; schlägt hierfür vor, den Vertretern der Zivilgesellschaft einen spezifischen Status einzuräumen;
44. beauftragt seinen politischen Ausschuss für Sicherheit und Menschenrechte, fortlaufend Folgendes zu überwachen:
- die politische und die Sicherheitslage zwischen Israel, Palästina und den Nachbarländern des Nahen Ostens;
 - die übrigen politischen Probleme der Sicherheit und der Nachbarschaft zwischen den Partnerländern und insbesondere die Frage Zyperns;
 - die Zusammenarbeit der Europa-Mittelmeerländer im Bereich der Sicherheit, des Kampfes gegen den Terrorismus und der Bekämpfung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen;
 - die Stärkung des demokratischen Prozesses in allen Partnerländern und insbesondere des ordnungsgemäßen Ablaufs von Wahlen;
 - die Umsetzung der Empfehlungen und der Aktionsprogramme, die von der Kommission geleitet werden (Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte);
 - die Achtung der Menschenrechte und der Rechte der Frau in jedem einzelnen der Partnerländer und die Förderung der Rechte der Frau in ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Dimension;
 - in diesem Rahmen die Anwendung der Aktionsplattform von Peking und der Dokumente der Sondergeneralversammlung „Frauen 2000: Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert“ sowie der Schlussfolgerungen, die die Frauenrechtskommission der UNO in ihren Sitzungen seit der vierten Weltfrauenkonferenz angenommen hat;
 - die Ratifizierung und Umsetzung der internationalen Übereinkommen im Bereich Menschenrechte durch alle Partner;
 - die Umsetzung der Erklärung von Sanaa vom Januar 2004;
 - das Ergebnis der Zusammenkünfte der Zivilgesellschaft und der NRO in der Region und zwar im Kontext des Strebens nach Entwicklung und Modernisierung sowie der Bemühungen um Reform im Mittelmeerraum;
45. wünscht, dass größere Anstrengungen im Bereich der Förderung der Rechte der Frau im Rahmen des Barcelona-Prozesses unternommen werden; fordert insofern die Umsetzung eines regionalen Aktionsplans zur Förderung der Rechte der Frau und der

- Gleichstellung der Geschlechter im Geiste des Berichts des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen; fordert alle Mitgliedstaaten des Barcelona-Prozesses auf, ihre Vorbehalte gegenüber dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) fallen zu lassen;
46. wünscht, dass dieser Prozess zu einer Verbesserung des Status und der Rechte der Frau und zu einer Stärkung ihrer Beteiligung am sozialen und politischen Leben eines jeden betroffenen Staates führt; beauftragt seinen politischen Ausschuss für Sicherheit und Menschenrechte, dieses Thema weiterzuverfolgen;
47. beabsichtigt auch, sich mit den praktischen Modalitäten zur Aufwertung der Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung der Menschenrechte in der Region zu beschäftigen;
48. begrüßt in diesem Sinne die Schaffung einer Nichtregierungsplattform Euro-Med für das Bürgerforum, das seine erste konstitutive Sitzung im April in Luxemburg haben wird, und betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, eine enge Zusammenarbeit mit dieser Plattform aufzubauen;
49. unterstützt die Ausweitung des Barcelona-Prozesses auf neue Dimensionen, wie etwa die mögliche Beteiligung der Partnerländer des Mittelmeerraums an der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und an den Friedenserhaltungsmissionen der Vereinten Nationen;
50. ist der Auffassung, dass die „Anna Lindh-Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen“ hervorragend dafür geeignet sein dürfte, eine echte „Allianz der Zivilisationen“ im Mittelmeerraum zu fördern; hält es in diesem Zusammenhang für wesentlich, dass ihre Tätigkeiten sich nicht nur an junge Menschen und die intellektuelle Elite, sondern auch an die gesamte Gesellschaft und insbesondere an die ärmsten Bevölkerungsschichten richten;
51. wünscht, dass die Versammlung und die Stiftung eng zusammenarbeiten, um das „Visibilitätsdefizit“ zu beseitigen, unter dem die Partnerschaft in der Zivilgesellschaft der beiden Ufer des Mittelmeers leidet; fordert insofern, dass praktische Modalitäten der Zusammenarbeit sobald wie möglich zusammen mit einem geeigneten Netz geschaffen werden, das die Verbände und die Hochschulen der Mittelmeerländer verbindet;
52. fordert, dass eine gemeinsame Strategie ausgearbeitet wird, um gegen Naturkatastrophen im Mittelmeerraum wirksam vorgehen zu können, insbesondere die Umsetzung eines Frühwarnsystems und von Kooperationsprogrammen für den Wiederaufbau der betroffenen Regionen, wobei auch die Atlantikküsten der Mitgliedstaaten, die als Gefahrenzonen eingestuft werden, einbezogen werden sollten, und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Arbeit der Weltkonferenz zur Reduzierung von Katastrophen, die

vom 18. bis 22. Januar 2005 in Kobe, Japan, stattgefunden hat;

53. beschließt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die den Auftrag hat, das Problem der von europäischen Streitkräften in Ägypten und in allen Ländern der Region im Zweiten Weltkrieg gelegten Landminen zu untersuchen;
54. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung der nächsten Europa-Mittelmeer-Konferenz der Außenminister, dem Ministerrat der Europäischen Union, der Kommission, den Parlamenten und Regierungen der am Barcelona-Prozess teilnehmenden Länder und dem Europäischen Parlament zu übermitteln.

Entschliebung

Des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung

Ausgehend von den Empfehlungen, die auf der zweiten Sitzung des Ausschusses „Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung“ der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (EMPA) (14./15. Februar 2005, Jordanien) verabschiedet wurden, nahm der Ausschuss auf seiner 3. Sitzung, die am 12. März 2005 im Rahmen der ersten Sitzung der EMPA in Kairo (Ägypten) stattfand, folgende Entschliebung an:

1. Der Ausschuss ist überzeugt, dass der Barcelona-Prozess in unmittelbarer Beziehung zum Nahost-Friedensprozess steht. Stabilität, Entwicklung und Wohlstand des Mittelmeerraums hängen weitgehend von der Herbeiführung eines gerechten, umfassenden und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ab.

Der Ausschuss unterstreicht den besonderen Charakter der Partnerschaft Europa-Mittelmeer, die mehr als nur eine Form von Entwicklungshilfe, sondern ein Vorhaben mit gemeinsamen Zielsetzungen und gemeinsam getragener Verantwortung ist.

Der Ausschuss betont, dass die Sicherheit, die Stabilität und das wirtschaftliche Wohl der Mittelmeerregion zwingend und untrennbar miteinander verbunden sind. Daher ruft er alle Europa-Mittelmeer-Partner sowie die am Nahost-Friedensprozess beteiligte internationale Gemeinschaft auf, sich mit ganzer Kraft für die Beendigung des palästinensisch-israelischen Konflikts einzusetzen und noch aktiver an der Umsetzung der Road Map mitzuwirken, damit das letztlich angestrebte Ziel erreicht werden kann: ein friedliches und sicheres Nebeneinander zweier zukunftsfähiger souveräner Staaten – eines israelischen und eines palästinensischen – mit eindeutig festgelegten Grenzen.

Ferner ruft der Ausschuss alle betroffenen Parteien auf, im Rahmen der Entschliebungen und

völkerrechtlichen Vereinbarungen gemeinsame Bemühungen um die Wiederaufnahme des syrisch-israelischen und syrisch-libanesischen Friedensprozesses zu unternehmen, um einen gerechten, umfassenden und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herbeizuführen.

Frieden und Sicherheit in der Region sind eine maßgebliche Voraussetzung für regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit, Integration und Prosperität.

2. Der Ausschuss fordert wirksame Maßnahmen zur Förderung der Süd-Süd- und Süd-Nord-Wirtschaftsintegration in Form einer verstärkten technischen und finanziellen Unterstützung und Hilfeleistung bei der Anpassung der Mittelmeer-Partnerländer an die Regelungen und Folgen der Freihandelszone, die bis 2010 geschaffen werden soll.

Ein weiterer entscheidender Faktor für die Entwicklung der Partnerländer ist die Aufwertung und bessere Nutzung der Finanzinstrumente der MEDA-II-Partnerschaft, der EIB-Darlehen und der Finanzfazilität FEMIP. Dabei sieht der Ausschuss in der Initiative von Agadir ein Schlüsselinstrument für die Förderung der Süd-Süd-Zusammenarbeit, das zur Stärkung und Vertiefung der regionalen Wirtschaftskooperation und zum Ausbau des Handels zwischen den Ländern der Region beiträgt und auf diese Weise eine Zunahme der Neuinvestitionen und des Exportpotenzials sowie die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und Geschäftschancen in verschiedenen Branchen mit sich bringt.

Flankierend dazu sollten Impulse für Sozial- und Entwicklungsprogramme gegeben und entsprechende Programme der Europäischen Union für die Partnerländer geöffnet werden.

3. Der Ausschuss ruft zu intensiven Bemühungen um die Förderung und Vereinfachung von EU-Direktinvestitionen im Mittelmeerraum auf. Solche Aktionen dienen zugleich dem für die Länder der Region unentbehrlichen Transfer von Technologie und Know-how, der ihnen bei der Entwicklung ihrer Volkswirtschaften, der Minderung der Armut sowie der Verhinderung der Abwanderung von Fachkräften und der illegalen Zuwanderung helfen wird. In diesem Zusammenhang empfiehlt der Ausschuss nachdrücklich die umfassende Unterstützung des privaten Sektors in der Mittelmeerregion mit dem Ziel, für die Exportgüter aus der Region den Zugang zum EU-Markt zu erleichtern und den Handel mit Agrarerzeugnissen schrittweise weiter auszubauen. Besonderes Augenmerk sollte darüber hinaus auf die schulische und berufliche Bildung und die Wahrung der Gleichbehandlung durch das Vorgehen gegen alle Formen von Diskriminierung gelegt werden.
4. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass die finanzielle, fachliche und technologische Unterstützung eine entscheidende Rolle im Reformprozess und bei der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Mittelmeerregion spielt, so insbesondere bei der Schaffung

einer echten Wissensgesellschaft und der Überwindung der digitalen Kluft zwischen Nord und Süd. Er ruft dazu auf, die erforderliche Festlegung der Finanzierungsschwerpunkte für die nächsten Jahre bis zur Einrichtung der Freihandelszone Europa-Mittelmeer im Jahre 2010 abzuschließen.

In diesem Zusammenhang befürwortet der Ausschuss die Bildung einer Arbeitsgruppe für die Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP), deren Ziel in der Förderung der Entwicklung des privaten Sektors und der Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Investitionsklimas in den Mittelmeerländern besteht. Die Kommission hat vorgeschlagen, der EIB, anderen internationalen Finanzinstitutionen und Vertretern der Europäischen Kommission die Möglichkeit zur Teilnahme an den Ausschusssitzungen (soweit der Ausschuss dies für erforderlich hält), zum Meinungsaustausch und zur Beantwortung von Fragen der Mitglieder zu geben. Sie ruft die EU auf, ihren Partnern in der 2007 anlaufenden dritten Phase des MEDA-Programms engagierte Hilfestellung bei der Verwirklichung ihrer sozioökonomischen Entwicklungsziele zu geben. Entscheidende Bedeutung wird dabei den Aktionsplänen zukommen, die im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik aufgestellt werden.

5. Der Ausschuss stellt fest, dass die Reformpolitik heute ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der Gesamtpolitik in der Mittelmeerregion ist, und vertritt die Auffassung, dass Reformen heute kein Luxus mehr, sondern ein notwendiger Schritt zur Sicherung der Zukunft der Region sind. Daher fordert er die Bereitstellung der nötigen Mittel für die Umsetzung des Dokuments „Der Prozess der Entwicklung, Modernisierung und Reform in der arabischen Welt“, das auf dem arabischen Gipfel in Tunis angenommen wurde. Eine solche Unterstützung trägt zur Festigung demokratischer Prinzipien und zur Erweiterung der politischen Mitspracherechte in der Region bei. Zugleich ermöglicht sie die verstärkte Fortsetzung der Bemühungen um eine Leistungssteigerung im politischen und wirtschaftlichen Bereich sowie im Sozial- und Bildungswesen. Nach Ansicht des Ausschusses müssen Reformen gleich welcher Art von innen heraus, d. h. von den Menschen in der Region vollzogen werden. Zugleich müssen beide Seiten eng zusammenarbeiten, um den Mangel an Öffentlichkeitswirksamkeit zu überwinden, der für die Bürgergesellschaft zu beiden Seiten des Mittelmeers kennzeichnend ist.
6. Eingedenk der tragischen Folgen der Tsunami-Flutwelle in Südostasien und der Tatsache, dass solche Naturereignisse schon früher in vielen Teilen der Welt und auch im Europa-Mittelmeer-Raum aufgetreten sind, ruft der Ausschuss alle Europa-Mittelmeer-Partner auf, gemeinsam so bald wie möglich ein Frühwarnsystem für Tsunamis und sonstige Naturkatastrophen im euromediterranen Raum einzurichten. Dieses System wird natürlich alle Kosten der als bedroht eingestuften Mitgliedstaaten tragen.

Dabei fordert er, die vorhandenen Systeme zu nutzen und diese entweder weiterzuentwickeln oder die Erfahrungen der Länder auszuwerten, die bereits über derartige Einrichtungen verfügen. Er fordert die unverzügliche Einleitung eines Prozesses, der zur Einrichtung eines solchen Systems führt.

7. In der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit in der Wissenschaft und im Bildungswesen eine wichtige Grundlage für gute Beziehungen zwischen den Völkern im Europa-Mittelmeer-Raum ist, misst der Ausschuss den Bildungssystemen entscheidende Bedeutung für die nachhaltige sozioökonomische Entwicklung dieser Region bei. In diesem Zusammenhang spricht er sich für eine verstärkte Zusammenarbeit der Europa-Mittelmeer-Partner in der Bildung und Wissenschaft aus, darunter zwischen Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungszentren. Darüber hinaus ruft der Ausschuss dazu auf, die Mittelmeerpartner in EU-Bildungsprogramme wie TEMPUS und ERASMUS und in die anderen Aktivitäten und Programme im Bereich Wissenschaft und Forschung einzubeziehen.
8. Der Ausschuss ruft zur Einrichtung eines Ad-hoc-Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer auf, der sich insbesondere mit Frauenfragen in den euromediterranen Partnerländern befassen soll, und untersucht wird, wo eine Koordinierung mit dem Europa-Mittelmeer-Forum für Parlamentarierinnen erforderlich ist, damit gemeinsame Aktionen mit den Regierungen aller Mitgliedstaaten im Barcelona-Prozess stattfinden können.

Er wünscht sich einen höheren Frauenanteil in den Ausschüssen.

Kairo, 15. März 2005

Entschließung

Entschließung des Ausschusses zur Verbesserung der Lebensqualität und des Austauschs zwischen den Zivilgesellschaften und den Kulturen, angenommen im Konsensverfahren auf der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeerraum am 15. März

Der Ausschuss zur Verbesserung der Lebensqualität und des Austauschs zwischen den Zivilgesellschaften und Kulturen,

in Anbetracht

- i. der ausführlichen Aussprache, die auf den Sitzungen vom 22. September 2004 und vom 31. Januar bis 1. Februar 2005 geführt wurden;
- ii. der Ausführungen über Einwanderung, die Herr Frattini, der für Justiz, Freiheit und Sicherheit zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, auf der Sitzung vom 31. Januar gemacht hat;
- iii. der Informationen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Mittelmeerraum, die die Dienststellen der Europäischen Kommission auf der Sitzung vom 1. Februar gegeben haben, und der Aussicht auf neue Partnerschaften, die durch die Europäische Nachbarschaftspolitik entstehen;
- iv. des Dreijahresprogramms (2005 bis 2007) der Anna-Lindh-Stiftung Europa-Mittelmeer zur Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen, das auf der Ministerkonferenz von Den Haag vorgestellt wurde, und der damit verbundenen Schlussfolgerungen;

zum Thema Einwanderung

1. stellt fest, dass das Phänomen der Einwanderung vielfältige Ursachen hat und mittels einer gemeinsamen europäischen Politik und einer konstruktiven Partnerschaft mit den Herkunfts- und Transitländern angegangen werden muss;
2. nimmt die Initiativen der Europäischen Kommission zur Kenntnis und verweist insbesondere auf das Grünbuch über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration; unterstreicht, dass alle Initiativen in diesem Bereich in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und internationalen Übereinkommen ergriffen werden müssen; ist der Auffassung, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihren Teil der Verantwortung im Hinblick auf die Aufnahme und Integration tragen müssen; insbesondere sollten die Staaten bei den Visaverfahren ein flexibleres und menschlicheres Verhalten an den Tag legen;
3. bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass die Mittelmeerpartnerländer auf der Ebene der Regierungen und Zivilgesellschaften (einschließlich der NRO und der Vereine, die in den EU-Ländern legale Einwanderer vertreten) an der Diskussion, die durch die Vorlage des Grünbuchs ausgelöst wurde und zur Annahme einer wirklichen europäischen Strategie für die legale Einwanderung führen dürfte, umfassend beteiligt werden; bringt zudem den Wunsch zum Ausdruck, dass bei der Behandlung der Frage der illegalen Einwanderung der oft zitierte Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung der Partner voll und ganz umzusetzen ist, denn er stellt einen notwendigen Schritt zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie der Länder Europas und des Mittelmeerraums dar; würdigt die umfangreichen Anstrengungen der Transitländer, dieses Problem zu beseitigen bzw. es zu bekämpfen;
4. betont, dass die Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 als Test betrachtet werden sollten, der zeigen wird, ob die EU-Mitgliedstaaten zur Annahme einer wirksamen gemeinsamen Einwanderungspolitik und zur Erfüllung der Ziele des Haager Programms bereit sind; hebt insofern hervor, dass ein europäisches Konzept zur Teilung der Kosten entwickelt werden muss, die sich aus der Aufnahme von Einwanderern ergeben;
5. erinnert daran, dass Einwanderung hauptsächlich durch wirtschaftliche Faktoren verursacht wird, und

bekräftigt die Notwendigkeit, eine gemeinsame Entwicklungsstrategie der Partnerländer auf beiden Seiten des Mittelmeeres zu erarbeiten;

6. unterstreicht erneut die Bedeutung von Maßnahmen und Programmen, mit denen die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus Auswanderungsländern verhindert werden soll, indem wirtschaftliche Ungleichgewichte behoben und Maßnahmen ergriffen werden, die die Rückkehr von Personen, die zur Stärkung der Gesellschaft und Wirtschaft ihrer Heimatländer beitragen könnten, in ihre Herkunftsländer fördern;

zum Thema Stärkung des Dialogs zwischen den Kulturen Europas und des Mittelmeerraums

7. bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass bei der Förderung des Dialogs der Kulturen die Notwendigkeit berücksichtigt wird, gemeinsame, unteilbare und allgemein gültige Grundwerte zu ermitteln und zu bewahren und gleichzeitig die nationale Identität eines jeden Staates und die kulturelle Vielfalt, die stets einen potenziellen Mehrwert und eine Bereicherung für die gesamte Region darstellt, uneingeschränkt zu achten;
8. ist der Ansicht, dass die Programme und Projekte, die zum dritten Korb der Partnerschaft Europa-Mittelmeer gehören, auf Themen von größter Bedeutung ausgerichtet sein sollten, einschließlich Schutz und Förderung des kulturellen und historisch-künstlerischen Erbes sowie der kulturellen Vielfalt, Dialog und Verständnis zwischen den Religionen und unterschiedlichen philosophischen Überzeugungen, Förderung des Jugendaustauschs, neue Anstöße für den interkulturellen Dialog, und zwar auch in den Ländern, in denen das Phänomen der Einwanderung große Auswirkungen hat, Förderung der Kultur der Menschenrechte, Förderung des Grundsatzes der Geschlechtergleichstellung, besondere Förderung von Projekten, die auf die sozial schwachen Bevölkerungsschichten ausgerichtet sind, und Förderung von Alphabetisierungsprogrammen, Erhöhung der Anzahl der Schulbesucher, Förderung von Programmen zur Schärfung des Umweltbewusstseins, stärkere Einbeziehung der nationalen Medien in die Verbreitung und Bekanntmachung der Ergebnisse der Partnerschaft Europa-Mittelmeer und in die Vermittlung objektiver Kenntnisse über den anderen Kulturkreis, Kampf gegen die Verbreitung falscher Vorstellungen und von Klischees über die Menschen auf der jeweils anderen Seite des Mittelmeers in den Medien und der Literatur;
9. hebt hervor, dass im Rahmen des dritten Bereichs der Partnerschaft der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten zentrale Bedeutung zukommt; fordert daher einen verstärkten Austausch von Lehrkräften und Studenten und betont, dass die Einrichtung einer Mittelmeer-Universität eine wirksamere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kooperationspartnern begünstigen könnte;

10. bekräftigt erneut, dass eine Diskussion über den Status der Frau im Gesellschafts- und Arbeitsleben erforderlich ist, um gemeinsame Ansichten und Ziele zu ermitteln; fordert in diesem Zusammenhang das Präsidium der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeerraum auf, zusammen mit dem Europa-Mittelmeer-Forum der Parlamentarierinnen die erforderlichen Koordinierungsformen zu prüfen, um gegenüber den Regierungen der Partnerländer des Barcelona-Prozesses gemeinsame Schritte zu unternehmen.

11. begrüßt das Dreijahresprogramm der Anna-Lindh-Stiftung Europa-Mittelmeer zur Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen und ersucht die Stiftung, regelmäßig Informationen über die Umsetzung des Programms bereitzustellen; unterstreicht zudem, dass die Stiftung auf die kontinuierliche und konzentrierte Unterstützung durch alle nationalen Netzwerke angewiesen sein wird, um wirklich effizient wirken zu können;

11. äußert sich zufrieden darüber, dass eine Lösung für das Problem der Finanzierung der Stiftung gefunden wurde, der nunmehr 11 Millionen Euro zur Verfügung stehen, die sich aus den freiwilligen Beiträgen aller Partnerländer zusammensetzen; hofft, dass sich die Stiftung in Zukunft auf ein stabiles Finanzierungssystem stützen kann, dem Beiträge von neuen Gebern, z. B. kommunalen und regionalen Behörden, NRO und privaten Organisationen, zugeführt werden können;

12. verleiht der Hoffnung Ausdruck, dass zwischen der Stiftung und der Parlamentarischen Versammlung, deren Mitglieder die Bürger der Partnerländer unmittelbar vertreten und somit der kulturellen Zusammenarbeit weitere Impulse verleihen können, umfassende Synergieeffekte hergestellt werden können; hält es insofern für angebracht, dass das Präsidium die Vertretung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer in den Verwaltungsorganen der Stiftung in Betracht ziehen sollte;

13. fordert, dass der nachhaltigen Entwicklung in der Region Europa-Mittelmeer neue Impulse verliehen werden sollten, um die knappen natürlichen Ressourcen, insbesondere die Wasserressourcen, zu erhalten;

14. vertritt die Auffassung, dass eine auf Zusammenarbeit beruhende Strategie für eine integrierte ländliche Entwicklung und die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft notwendig ist, um den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt zu fördern und die Zerstörung der knappen und bereits stark verschmutzten natürlichen Ressourcen in der Region zu verhindern.

Kurt-Dieter Grill, MdB
Leiter der Delegation

